

Marktplatz-Karussell: Erhoffter Erfolg blieb aus

»Modellversuch« beendet – BID Marktquartier sieht Politik und soziale Träger in der Pflicht – Debatte um Gefahrenabwehr

Gießen (mö). Der auf Wunsch des BID Marktquartier durchgeführte »Modellversuch« mit dem Kinderkarussell auf dem Marktplatz, um der dort sehr präsenten Trinker- und Drogenszene den Aufenthalt zu verlei- den, ist beendet. Im Anschluss an den ver-

kaufsoffenen Sonntag wurde das Fahrge- schäft abgebaut, weil die von der Stadt im Sommer erteilte und einmal verlängerte Son- dernutzungserlaubnis abgelaufen ist. »Das war ein Versuch, der nicht so erfolgreich war, wie wir uns das erhofft haben«, bilanzierte

Marktquartier-Vorsitzender Thomas Kirch- hof auf Anfrage. Durch den Vorstoß des Ver- eins sei gleichwohl »Bewegung in das The- ma« gekommen. Kirchhof sieht nun die Poli- tik und die Sozialverbände in der Pflicht, am Ball zu bleiben.

Wie Ende September berichtet, geht es dem BID mit Blick auf die Stadtpolitik darum, dass die städtische Gefahrenabwehrver- ordnung nicht aufgeweicht wird. Insbesondere was den Passus be- trifft, wonach »grobstörendes Verhalten« in der Öffentlichkeit in Folge von Alkohol- und Dro- genkonsum als Ordnungswidrig- keit geahndet werden kann. Ein- em diesbezüglichen Änderungs- wunsch der Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste, den ent- sprechenden Paragraphen 13 in der Verordnung zu »überarbei- ten«, hatte die rot-grüne Koaliti- on im September im Stadtparla- ment zu einer Mehrheit verhol- fen. Im Gespräch mit der GAZ äußerte sich Kirchhof zuver- sichtlich, dass eine Änderung der Vorschrift nicht zu einer Ab- schwächung führt. Dies habe der BID-Verein auch bei einem Tref- fen mit der SPD mittlerweile deutlich gemacht. Ein Gespräch mit den Grünen gebe es noch.

Nach Beobachtung von Kirch- hof wird die Gefahrenabwehr- verordnung nämlich von der Po- lizei konsequenter angewendet als früher. Neben diesem »stärke- ren Durchgreifen« müssten auch Beratungs- und Hilfsangebote verstärkt werden. Diesbezüglich müssen sich nach Meinung Kirchhofs die sozialen Träger in der Stadt mehr einbringen, denn die Probleme dürften »nicht nur verwaltet werden«. Schließlich sei die Straßensozialarbeit beim Umgang mit problematischen Jugendgruppen in der Vergan- genheit auch erfolgreich gewe- sen. Kirchhof fragte: »Warum soll das bei den Erwachsenen nicht klappen?«

Was das Thema Gefahrenab-



Trotz Karussell rückte die Polizei in den vergangenen Monaten immer wieder zu Personenkontrollen am Marktplatz an und erteilte Platzverweise. (Foto: Schepp)

wehrverordnung betrifft, hat sich auch die CDU-Stadtverordne- tenfraktion zu Wort gemeldet und warnt mit Hinweis auf die Forderung des BID vor einer Än- derung. Die Beobachtung der Unionsfraktion, dass sich die Si- tuation am Marktplatz nach der Einführung der Verordnung im Jahr 2001 »spürbar verbessert« hatte, um sich nach dem Regie- rungswechsel zu Rot-Grün im Jahr 2011 zu verschlechtern, steht freilich im Widerspruch zur Realität auf Gießens Straßen.

Im Gegenteil hat sich die Zahl derjenigen, die sich tagsüber an etlichen Stellen im Stadtgebiet treffen und trinken, in den letz- ten zehn Jahren deutlich erhöht. Allein die Gruppe am Markt-

platz wird von den beiden Stra- ßensozialarbeiterinnen des Dia- konischen Werks, die hier im Einsatz sind, auf 30 bis 40 Perso- nen geschätzt. Es handelt sich bei diesen Menschen auch nicht mehr um die »klassischen« Ob- dachlosen, sondern vorwiegend um jüngere Leute, darunter auch vermehrt Frauen, die in der Regel über einen festen Wohnsitz ver- fügen und von Sozialleistungen wie dem Arbeitslosengeld II (Hartz IV) leben. Auch BID-Vor- sitzender Kirchhoff räumt ein, dass das Problem in seiner Breite »nicht wirklich lösbar ist«.

Die Arbeit der beiden Sozialar- beiterinnen der Diakonie will die Stadt auch im kommenden Jahr mit 50 000 Euro bezuschussen,

wobei es sich um eine freiwillige Leistung handelt. Mehr Geld ste- he aufgrund der Haushaltssitua- tion nicht zur Verfügung, hatte OB Dietlind Grabe-Bolz (SPD) Mitte Oktober im Stadtparla- ment deutlich gemacht.

Noch keine Überlegungen sind in Gießen offenbar hinsichtlich eines Alkoholverbots für be- stimmte Plätze angestellt wor- den. In Hessen hatten in den letzten Jahren Kassel und Mar- burg solche »Allgemeinverfügun- gen« für zentrale Orte erlassen, allerdings nur für die Abend- und Nachtstunden. In den Ge- sprächen mit der Stadt sei ein Alkoholverbot für den Markt- platz bislang kein Thema gewe- sen, sagte Kirchhof.